

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1909**

288 (17.12.1909) 1. Blatt

# Badischer Beobachter.

## Hauptorgan der badischen Zentrumsparthei.

Erscheint wöchentlich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2,70. In der Geschäftsstelle oder den Abolagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellbar und dort abgeholt, monatlich 60 Pfg. Briefträger ins Haus gebracht, 80 Pfg. Vierteljährlich, Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

**Beilagen:**  
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt **„Stern und Blumen“**.  
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt **„Blätter für den Familienkreis“**.

**Angaben:** Die sechspaltige Petizions- oder deren Raum 25 Pfg., Kleinanzeigen 60 Pfg. Vorkaufsanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.  
**Redaktion und Geschäftsstelle:** Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).  
**Sprechstunden der Redaktion:** von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wahle; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich: Für Anzeigen und Kleinanzeigen: Hermann Wagner in Karlsruhe.

### K. Zwei Kolonialfragen

In der letzten Zeit hat sich in den Vordergrund und zwar beziehen sich beide auf Deutsch-Südwestafrika: Diamantenpolitik und Fleischexport. Die Farmer selbst nehmen in diesen Angelegenheiten ihre Interessen in die Hand und lassen nicht locker. In den letzten Tagen sind aus Südwestafrika mehrere Eingaben telegraphisch an den Reichstag gerichtet worden, die von großer Wichtigkeit sowohl für die Kolonie, wie für das Mutterland sind, trotzdem aber fast keine Beachtung gefunden haben, weil sie offenbar weder von den Kolonialpolitikern noch von den großen deutschen Zeitungen verstanden worden sind. Und doch wäre einige Kenntnis dieser Fragen der Diamantenpolitik unbedingt notwendig für die bevorstehenden Reichstagsverhandlungen über Deutsch-Südwestafrika. Die „Deutsche Tageszeitung“, welche den Kampf für die Kolonien sehr scharf führt, hat bereits die Entschlüsselung von Rückersbüchern mitgeteilt, durch die der Reichstag gebeten wird, durch eine Untersuchungskommission die gesamten Dornburgischen Vornachungen zu prüfen. Besonders wird in der Eingabe hervorgehoben, es dürfe der Vertrag mit dem Diamantenregierungsgebiet über den 31. März 1911 hinaus nur unter angemessenen Bedingungen gegen eine wirksame Gegenleistung für den Landbesitzer veräußert werden. Es erscheint fraglich, ob sich diese Forderung wirklich gegen die Regierung durchsetzen lässt; denn deren Konzession läuft ja nur bis zum 28. Februar 1910 (Verordnung vom 20. Febr. 1909). Dagegen bis zum 31. März 1911 ist der „Deutschen Diamantengesellschaft“ (Landesgesellschaft für die Kolonialgesellschaft für Südwestafrika) von Dornburg laut Vertrag vom 28. Januar 1909 das Monopol zum Abbau in dem 30 000 Qmtr. großen Diamantenvergabegebiet verliehen worden. Auf diese Gesellschaft also und auf dieses Monopol wird sich die Eingabe der Elb- und Rückersbüchern beziehen. Dadurch wird auch das zweite, von den Einwohnern von Neesmannsdorf gewünschte Telegramm verständlich: sie schienen sich der Forderung von Rückersbüchern und erheben Einspruch „gegen jede Politik, die durch Verletzung von überaus wertvollen Konzessionen, wie z. B. an die „Deutsche Diamantengesellschaft“, die Werte aus dem Lande herauszieht, die Schulden aber dem Lande belässt.“ Die Eingabe der südwestafrikanischen Steuerträger über den Vertrag vom 28. Januar 1909 ist bezüglich, denn er bedeutet, da in dem Sperrgebiete Diamanten im Werte von vielleicht 300, vielleicht aber auch 600 Mill. Mark schon jetzt festgelegt sind, ein Hundertmillionen-gewinn der Regierung an die „Kolonialgesellschaft für Südwestafrika“ zum Nachteil der Kolonie (und des deutschen Reiches). Diese schwer nachteilige Wirkung hat der Vertrag jedoch nur dann, wenn sein Sinn ist, daß die Gesellschaft im Sperrgebiete die Verleihung von Vergabegebieten von Verwertungsgegenständen verlangen kann, das ihr über die Endfrist des Monopols, über den 31. März 1911 hinaus dauernd zusteht. Die Frage, ob das die Bedeutung des vertriebenen Monopols ist, ist freilich von größter Wichtigkeit ist daher das dritte Telegramm aus Südwestafrika, das lautet: „Der Vorstoß der Kolonialgesellschaft für Südwestafrika gegen den Fiskus wegen der Verweigerung dauernder Abbaurechte auf Diamanten im Sperrgebiete wurde vom Bezirksgericht zu Langenscheidt der klagenden Gesellschaft entschieden.“ Dornburg hatte schon am 22. September 1908 das fragliche Gebiet für die „Kolonialgesellschaft“ gesperrt. Diese Verordnung lautete: „Das Gebiet ... wird vom 1. Oktober d. J. ab der genannten Gesellschaft zur ausschließlichen Aufsuchung und Gewinnung von Diamanten bis auf weiteres widerrechtlich vorbehalten.“ Die Verordnung vom 28. Januar 1909 sagt dann im § 1, die Regierung werde das der „Kolonialgesellschaft“ vorbehaltenen Recht zur ausschließlichen Aufsuchung und Gewinnung von Diamanten bis 1. April 1911 fortzusetzen lassen. — Als die Gesellschaft im Frühjahr 1909 auf Grund dieses Monopols mehreren Personen (Kaufmann Drews, „Meteorgesellschaft“, „Unterfontänen“ im Sperrgebiete verlieh, wurde sie von der Regierung zu deren Rücknahme gezwungen. Daran hat sich aber noch nicht geändert, welche Rechtsverhältnisse denn eigentlich die Verleihung des Monopols haben soll. Entweder ist die Abbauberechtigung der „Kolonialgesellschaft“ (oder vielmehr ihrer Rechtsnachfolgerin, der „Deutschen Diamantengesellschaft“) mit dem 31. März 1911 völlig erloschen, oder die Gesellschaft hat das Recht, innerhalb der Frist Verwertungsgegenstände im Sperrgebiete zu erwerben, und bleibt in dessen Besitz, während bis zur völligen Erschöpfung der so erworbenen Diamantenfelder. Gehtenfalls würde das Abkommen zum Standpunkte des Staatsinteresses weit weniger beachtlich sein. Die Gesellschaft könnte in den 2 1/2 Jahren aus dem Sperrgebiete vielleicht einen reinen Gewinn von 20, 30 Millionen ziehen, dafür hat der Staat das Recht eingetauscht, in dem Gesellschaftsgebiete eine Diamantenförderungsgeldabgabe von 6 1/2 Proz. zu erheben (die Gesellschaft erhebt 8 1/2 Proz.). Leider aber ist es bisher, als ob das Abkommen in dem erwähnten anderen Sinne aufzufassen ist. Die Gesellschaft rühmt sich, schon jetzt nach einem halben Jahre, im Sperrgebiete gegen tausend 8 Hektar große reiche Bergbaufelder belegt zu haben, natürlich in der Meinung, daß sie an ihnen das dauernde Bergwerkseigentum erwerben. Was ist dann

die Bedeutung des Abkommens? Die Gesellschaft hat damit so gut wie alle Diamantenschätze des ungeheuer großen Gebietes erworben. Daß diese Fragen eingehend im Reichstage besprochen und geklärt werden müssen, hat der Abg. Erzberger schon angekündigt. Denn für das Berliner Großkapital allein haben wir die Kolonien auch nicht. Die Farmer können somit zum Reichstage Vertrauen haben.

Andererseits ist es mit der Frage, welche Kürzung der Farmerverein zu Wundth beschränkt: Hierzu wurden Vorschläge gemacht, die, wenn sie sich praktisch verwerten lassen, allerdings sehr bedeutungsvoll sind. Die Farmer sollen sich für den Abzug ihrer Produkte zu Vorkaufsgenossenschaften zusammenschließen, deren Aufgabe es sein soll, den natürlichen Markt an dem ihnen zunächst liegenden Verbrauchsmittelpunkt zu befriedigen. Nicht dieser örtliche Markt zur Aufnahme der angebotenen Erzeugnisse nicht aus, so muß an die Erzeugung weiterer Absatzgebiete im Inland gedacht werden, was in der Weise zu geschehen hat, daß z. B. der Verkauf von Schlachtvieh nach entfernteren liegenden Plätzen vermittelt wird. Tabak, Mais, Obst usw. sollen weiterverhandelt werden nach Stellen, wo die Bodenbeschaffenheit deren Erzeugung nicht zuläßt. Man vertritt sich vor dem dabei entstehenden Wettbewerb der Genossenschaften einen bedeutenden erzieherischen Einfluß auf die Farmer, während andererseits das Zusammenarbeiten der Genossenschaften der Preissteigerung entgegenwirken soll. Weiter wurde aber auch in Aussicht genommen der Export. Und dies liegt nahe. Trotz der Diamantensuche und der Bergwerke dürfte jedenfalls noch auf lange hinaus die Kolonie Deutsch-Südwestafrika agrarischen Charakter behalten. Der Abzug in der Kolonie aber hat seine natürlichen Grenzen, auch selbst dann, wenn es dort zu einer gewissen industriellen Entwicklung kommen sollte. Es ist daher durchaus erklärlich, wenn der Vorsitzende des Deutsch-Südwestafrikanischen Farmerbundes ausführt: „Wenn auch heute unser Schlachtvieh noch leicht Abnehmer findet, so rückt doch die Zeit immer näher, wo wir mehr Vieh aufziehen werden, als wir hier abgeben können. Es entsteht dann die Frage: Was soll mit diesem Fleisch gemacht werden? ... Wir müssen auch noch ein Absatzgebiet für unsere Produkte haben, und da denken wir wohl in erster Linie an die Heimat, daß uns dort der Absatz am ersten gelingen würde.“ Zunächst aber ist die Heimat verschlossen durch das Einfuhrverbot für Fleischkonkurrenz. Es wurde betont, daß, da das Einfuhrverbot seiner Zeit erlassen worden sei „aus sanitären Bedenken“, daselbst für die deutschen Kolonien nicht aufrecht erhalten werden könne, weil das Reich in der Lage sei, durch seine Organe im Schutzgebiete genau dieselbe Kontrolle auszuüben, resp. ausüben zu lassen, wie in der Heimat. Wenn aber hier eine Änderung eintritt, so ist eine solche auch anderen Staaten zu gewähren und dagegen sprechen sehr lebhaft Bedenken. Wenn wir unsere Kolonien bevorzugen, haben wir damit zu rechnen, daß wir in anderen Ländern benachteiligt werden, das könnte aber unserer Industrie großen Schaden zufügen.

### Deutschland.

**Berlin, 16. Dezember 1909.**  
Eine Erklärung des bayerischen Kriegsministers. Der Kriegsminister Freiherr von Gorn erklärte in der Abgeordnetenkammer, daß die Anregung zu den neuerlichen großen Kaiser-Wandern nicht von Bayern, sondern von Preußen ausgegangen sei. Solche große Wandern liegen im Interesse der Heeresausbildung. Die entstandenen Mehrkosten seien nicht so bedeutend. Eine Bevorzugung des Adels im Offizier-Korps finde nicht statt. Hinsichtlich der vielen Klagen über die massenhaften Pensionierungen erklärte der Minister, daß in erster Linie die Qualifikation den Ausschlag gebe. Ein bei der Beförderung übergangener Offizier könne nicht im aktiven Dienst bleiben.

Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft war Dienstag abend im Reichstage zu einer Sitzung versammelt, um über die Frage der Fusion zwischen den drei freisinnigen Parteien zu beraten und den Bericht des zu diesem Zwecke eingesetzten Wierers-Ausschusses entgegenzunehmen zu können. Der Ausschuss hatte erst am Dienstag mittag seine Arbeiten beendet. Das von ihm entworfenene sogenannte Einigungsprogramm, ein ziemlich umfangreiches Dokument, wurde nach längerer Beratung in vorgeschriebener Stunde angenommen. Es soll demnächst veröffentlicht und der Begutachtung der Parteifreunde unterbreitet werden, die endgültige Beschlußfassung über die Fusion aber den einzelnen Gesamtorganisationen bzw. den Parteitagungen vorbehalten bleiben. Ein Dresdener Blatt hatte schon die Nachricht verbreitet, zum Vorsitzenden der neuen Gesamtpartei, der „Liberalen Volkspartei“, sei der Führer der bisherigen süddeutschen Volkspartei, der Reichstagsabgeordnete und Präsident der Zweiten württembergischen Kammer, v. Bayer, zum Generalsekretär der bisherigen Geschäftsführer der Freisinnigen Vereinigung, Weinhausen, ausersehen. Diese Meldung ist, wie das „Berliner Tageblatt“ authentisch erzählt, falsch. Ganz abgesehen davon,

daß Herr von Bayer schon deshalb nicht in Betracht kommen kann, weil er seinen ständigen Wohnsitz in Stuttgart hat, ist über Personalfragen bisher überhaupt noch nicht gesprochen worden. Aber die Einigung ist perfekt.

Die Dornmünder Gemeindevahlen. In sozialdemokratischen Blättern liest man von einer Niederlage des Zentrums bei den Gemeindevahlen in Dornmünde. Es heißt:

Bei den zu Ende gegangenen Stadtverordneten-Stimmwahlen wurden 3 liberale Kandidaten gegen die Zentrumskandidaten mit großer Mehrheit gewählt. Das Gesamtresultat der diesmaligen Stadtverordnetenwahlen ist, daß aus den sechs drei liberale und drei sozialdemokratische Stadtverordnete in das Stadtbüro einzog, statt wie bisher zwei liberale und vier Zentrumskandidaten.

Die Dornmünder Vorgänge sind zu interessant, als daß man sie unbeachtet vorübergehen lassen dürfte. Wie war denn die Sache? Die Nationalliberalen und Sozialdemokraten gingen, wie die „Berliner Zeitung“ schreibt, in Dornmünde diesmal zum erstenmal zusammen gegen das Zentrum. Man hat also den Großklub dort eingeleitet. Das ist unsso bemerkenswerter, als die Nationalliberalen in Dornmünde sich armocherisch und sozial rückständig sind, während die Sozialdemokraten ganz radikal sein wollen. Dem Zentrumsführer Lenting stellten die Nationalliberalen einen Renommierarbeiter Doerich entgegen, der sich in einer Erklärung selbst als „nicht einorganisiert“ bezeichnete. Dieser Ausdruck, der eine Sprachbesserung darstellen soll („unorganisiert“ ist ja eigentlich nur ein ganzes, nicht ein einzelnes Glied) kommt schwerlich von Doerich, dann aber vermutlich auch die ganze Erklärung nicht. Die Sozialdemokraten, denen die Nationalliberalen im 4., 5. und 6. Bezirke zum Siege verholpen hatten, revidierten sich gestern und heute im 1., 2. und 3. Bezirke. Das Augenblicksbündnis hatte einen Augenblickserfolg. Die 3 Nationalliberalen sind gewählt; Herr Doerich erhielt 2160, Herr Lenting 1790 Stimmen. Die Sozialdemokraten hatten sogar eigene Wahlbüreaus eingerichtet, obwohl sie ausgefallen waren, und stellten den Liberalen Sünderte von Agitatoren. Um das Bündnis zu verstehen, muß man wissen, daß in der Sozialdemokratie des ganzen Rheinreviers — denn die Elbener Sozialdemokraten sind den Dornmünder vorangegangen und die Gelsenkirchener werden ihnen nachfolgen — im Grunde gar keine Sozialisten, sondern politisch Radikale mit starkem freidenkerischen, antikirchlichen Einschlag sind. Von der sozialistischen Theorie haben sehr wenige eine Ahnung; und die anderen schäben sie nicht als etwas ihnen zu hohes, sondern lehnen sie mit banausischem Zinckel ab. Nicht einmal der proletarische, der Arbeiterstandpunkt, ist für sie maßgebend. Sonst hätten sich nicht jetzt, wo die Wahlregelung der organisierten Straßenbahner vorgenommen ist, die Gegner des Koalitionsrechts unterjücken können. Freilich waren die Gemäßigten christlich organisiert, und wenn auch die freien Gewerkschaften zuweilen ein wenig das Arbeiterinteresse geltend machen, so dringt doch gewöhnlich das Antichristliche durch, in dem Maße, daß die „Sozialdemokraten“ die Gegner der Arbeiterorganisation unterjücken! Was mag man anderwärts in der sozialdemokratischen Partei zu dieser Haltung der Genossen im Rheinrevier sagen? Drei Sozialdemokraten wurden verhaftet, weil sie ein gegen den Stadtverordneten Lenting gerichtetes beleidigendes Flugblatt ohne Brüdernangabe verbreiteten. Beim Verhör drehte einer den Namen des Druckers und den des Urhebers, einen nationalliberalen Stadtverordneten. Uebrigens sind die Wahlen ungültig, sobald sich ein Anfechtung findet, da entgegen der Städteordnung die (Stich-)Wahlen der 3. Abteilung vor denen der 1. und 2. Abteilung stattgefunden haben.

### Ausland.

#### Österreich-Ungarn.

Der Kampf im österreichischen Abgeordnetenhause ist gestern auf seinem Höhepunkt angelangt und allein Anfschne nach wird die Entscheidungsschlacht jetzt geliefert. Die vorgesehene am 11. Uhr begonnene Sitzung dauerte gestern fort und es soll die Absicht beider Parteien sein, sie tatsächlich solange dauern zu lassen, bis es Sieger und Besiegte gibt. Der tschechische Kolllatz sprach bis 2 Uhr nachts in tschechischer Sprache, also 12 1/2 Stunden über die Tierarztschule in Prag und erklärte dann, seine Rede fortzusetzen und slowenisch beenden zu wollen. Er ließ sich aber schließlich überreden und schloß 10 Minuten vor 2 Uhr. Dann kamen Redner der arbeitwilligen Parteien, die auf das Wort verzichteten.

#### Belgien.

Ueber die morganatische Ehe König Leopolds. Ungeheures Aufsehen erregt ein Artikel des „Soir“, aus dem hervorgeht, daß der König tatsächlich seit längerer Zeit eine kirchliche Ehe mit der Baronin Vaughan eingegangen ist, mit der er bekanntlich zwei Kinder hat. Der Korrespondent des „Soir“

hat den Pfarrer der Gemeinde Laeken, welcher dem König die Sterbefragmente gereicht hat, befragt und ihn zu einem indirekten Geständnis veranlaßt. Der Pfarrer weigerte sich, auf die direkte Frage nach einer Ehe zu antworten. Als aber der Korrespondent auf den peinlichen Einbruch hinwies, welchen die Anwesenheit der Baronin Vaughan am Krankenlager des Königs verursacht hat, während Mitglieder der königlichen Familie ausgeschlossen waren, und als der Korrespondent ferner auf die Rückwirkungen hinwies, welche dies Gebahren für die Kirche nach sich ziehen könnte, erklärte der Pfarrer mit zitternder Stimme, es gebe nur eine Moral, nämlich die, welche die Kirche lehre. Es ist dieselbe für den König wie für das Volk. Sie können mir daher glauben, daß ich, bevor ich dem König die Sterbefragmente reichte, vollständig beruhigt war. Der Korrespondent unterbrach den Pfarrer mit den Worten: „Dann ist der König also kirchlich getraut? Wann und wo erfolgte die Trauung? Der Pfarrer antwortete: „Ich habe nichts hinzuzufügen, ich bin Pfarrer und erwidere Ihnen, um der Unterredung ein Ende zu machen, daß ich mich nur mit einer Frage zu beschäftigen hatte, nämlich ob die Lage des Königs der Kirche gegenüber eine regelrechte war. Hierüber hatte ich meine vollkommene Beruhigung.“ — Nach diesem indirekten Geständnis begab sich der Korrespondent zu einer Persönlichkeit des Laekener Schloßes, welche in der Lage ist, über diese Angelegenheit auf dem Laufenden zu sein. Dieser Persönlichkeit stellte er die Frage, ob es richtig sei, daß der König eine kirchliche Ehe eingegangen sei und welche Beziehungen er zu dem Prinzen Albert unterhalte. Die Persönlichkeit bezeichnete das Gerücht der Verheiratung als falsch. Der König habe selbst den Prinzen Albert sehen wollen und ihn an sein Krankenlager rufen lassen. Leider habe die ärztliche Pflege, die dem König zuteil werden mußte, es verhindert, daß er den Prinzen, als dieser eintraf, empfangen konnte. Seitdem unterlagen die Ärzte dem König jeden Besuch. Die Sterbefragmente sind dem König tatsächlich unter Ausschluss aller Mitglieder der königlichen Familie und nur in Anwesenheit der Baronin Vaughan gegeben worden. Dies erklärte der Gewährsmann mit dem Hinweis darauf, der König habe den Wunsch geäußert, daß die religiöse Feier eine ganz intime sein solle, damit er ungestört seine frommen Gedanken sammeln könne. Auf die Bemerkung des Journalisten, der Pfarrer in Laeken habe in bestimmter Weise das Bestehen der kirchlichen Trauung des Königs mit der Baronin Vaughan aufgefunden, erwiderte der Gewährsmann, welcher seine Ueberrassung nicht verbergen konnte, der Pfarrer habe unter seiner eigenen Verantwortlichkeit gesprochen. Die Persönlichkeit sagte noch hinzu, die Baronin Vaughan sei tatsächlich in den Palast gekommen, aber die Baronin halte sich beiseite.

### Amerika.

Vereinigte Staaten und Nicaragua. In Nicaragua nahm der Konarch begeistert die Erklärung auf, man werde sich der Landung amerikanischer Truppen bis auf den letzten Blutstropfen widersetzen. Bei Panama wird eine Schlacht erwartet. Die Unruhen in Managua sind unterdrückt. Es herrscht Ordnung. Wie verlautet, hat Präsident Zelaya in einer Rundschreiben an den Kongress erklärt, daß er sein Amt niederlege.

### König Leopold von Belgien gestorben.

Der Telegraph meldet vom 17. Dezember: König Leopold von Belgien ist heute nacht um halb drei Uhr gestorben.

Der König hatte schon vor einigen Tagen die Sterbefragmente empfangen, da sich niemand, auch er selbst nicht, einer Linderung über seinen Zustand hingab. Die Krankenpflege wurde von darmberzigen Schwestern besorgt. Ärzte waren stets in seiner Umgebung. Am gestrigen Tage wurde die Geschwulst der Leber und des Unterleibes immer größer; das Wasser stieg allmählich zum Herzen herauf, das so wie so geschwächt war. Nachts nach 2 Uhr hörte die Schwester den König seufzen und rief einen Arzt. Zu diesem sagte er: „Ich erlicke, Doktor!“ Gleich darnach trat der Tod ein. Die Lebestunde ist genau 2 Uhr 37 Minuten. Prinz Albert umarmte weinend den toten König. König Leopold von Belgien war am 9. April 1835 geboren und gelangte im Jahre 1865 zur Regierung. König von Belgien ist nunmehr der bisherige am 8. April 1875 geborene Prinz Albert, der seit 2. Oktober 1909 mit der bayerischen Prinzessin Elisabeth, der dritten Tochter des kürzlich verstorbenen Herzogs Karl Theodor vermählt ist. Das Königspaar hat drei Kinder, zwei Söhne und eine Tochter. Der neue König ist der zweite Sohn des verstorbenen Bruders des Königs Leopold, dessen erster Sohn Baldwin ebenfalls gestorben ist. Beim Volk wurde er in den letzten Jahren um so beliebter, als seine Familienverhältnisse im angenehmen

Gegenstande zu denen des verstorbenen Königs. Bei seiner Rückkehr von der Reise nach dem Kongo wurde er daher vom Volk begeistert empfangen, als dem nunmehr verstorbenen König lieb gewesen sein soll.

**Baden.**

Karlsruhe, 17. Dezember 1909.

**Das Justizministerium** für welche das reichsrechtliche Grundbuch noch nicht als angelegt anzusehen ist, in Bezug auf Einträge von Vorzugs- und Unterpfandsrechten, welche länger als zehn Jahre in den Grund- und Unterpfandsbüchern eingeschrieben sind, ein neues Vereinigungsverfahren anzuordnen. Auf dieses Verfahren findet Artikel 2 des Vereinigungs-Gesetzes vom 5. Juni 1860 in der Fassung des Nachtragsgesetzes vom 28. Januar 1874 und finden die Artikel 3, 4 und 7 des erwähnten Gesetzes entsprechende Anwendung. Das Justizministerium erläßt die Vollzugsbestimmungen.

**Schiffahrtsabgaben.** — Karlsruhe, 16. Dez. Die Regierung wird voraussichtlich Begehren zu Erklärungen nehmen, die sich, wie aus dem oben genannten, auf die Abänderung des Reichs-Gesetzes vom 28. Januar 1874 und finden die Artikel 3, 4 und 7 des erwähnten Gesetzes entsprechende Anwendung. Das Justizministerium erläßt die Vollzugsbestimmungen.

**Vom sächsischen Clerus.** — In Ergänzung des gestern an dieser Stelle zu dem obigen Thema ausgeführten, sei hier angeführt, daß unter den 72 Theologiestudierenden, welche im Oktober dieses Jahres ins theologische Seminar in Freiburg eintraten, fünfzig waren, welche das Abiturium mit der besten Note „sehr gut“ bestanden hatten.

In dieses Kapitel gehört übrigens auch die Erklärung, daß man sowohl in Baden als in Württemberg auf liberaler Seite schon längst über die Bildung im katholischen Clerus. Was ist es anderes als diese Sorge, wenn die Liberalen sich darüber aufhalten, daß verhältnismäßig viele katholische Geistliche das Staatsexamen machen, um als Lehrer in Mittelschulen zu wirken? In Württemberg haben sich die Liberalen (demokratischen) Abgeordneten schon darüber beklagt, daß katholische Theologie-Studierende der Hochschule sich mit wissenschaftlichen Arbeiten und die Freude in der staatswissenschaftlichen und anderen Fakultäten bewahren, weil man die Erziehung mache, daß diese Theologiestudenten vielfach den anderen dadurch die Preise wegchnappen, daß sie die besten Arbeiten liefern. Es wurde sogar die Frage ventiliert, ob man die Theologiestudierenden überhaupt noch zur Preisbewerbung außerhalb ihrer theologischen Fakultät zulassen solle. (11)

Im badischen Clerus haben wir eine lange Reihe von Geistlichen, welche sich den Doktorhut erworben haben. Es gibt zahlreiche Geistliche, welche den Doktor in der Philosophie und ihren verschiedenen Disziplinen gemacht haben, ebenso Doktoren der Rechtswissenschaft, ebenso solche der Nationalökonomie. Nur der Dr. med. dürfte aus begreiflichen Gründen fehlen. Es gibt unter diesen Doktoren solche, welche sich sogar noch als Kandidaten hinter die Bücher setzten, um den Doktorgrad zu erwerben. Wir glauben nicht, daß uns widerprochen werden kann, wenn wir allgemein den Satz aufstellen: In keinem akademisch gebildeten Stand gibt es so viele, welche den Doktorgrad in anderem Fakultäten erworben haben, als unter den Geistlichen. Wir dürfen dabei auch nicht vergessen, daß es ein von den Liberalen schon sehr viel angeregtes Theologieprofessor in Freiburg war, der die Sapienz in Freiburg gründete, d. h. ein Institut, in welchem katholische Geistliche nach Vollendung ihrer Vorstudien weiteren Hochschulstudien obliegen können. Es ist Prälat Dr. Heiner, zurzeit Vizepräsident der Fakultät in Rom.

All das beweist, daß wahrhaftig ein liberales Volk keinen Grund hat, über den sächsischen Clerus so geringtätig zu reden, wie dies in bekannter anmaßlicher Dünkel die „Bad. Landeszeitung“ beliebt. Der katholische Clerus steht in Bezug auf allgemeine Bildung wie in Bezug auf den Bildungstrieb hinter keinem andern akademisch gebildeten Stand zurück und kann sich deshalb die Verdächtigungen der

„Bad. Landeszeitung“ energisch verbitten. Zu ihrer Entschuldigung kann als mildernder Umstand nur ihre Unwissenheit in solchen Dingen angeführt werden. Ob auch ihre parteipolitische Voreingenommenheit, die ihr von vornherein gebietet, katholische Geistliche als ihre natürlichen Feinde anzusehen und daher schlecht zu machen, als mildernder Umstand angeordnet werden kann, überlassen wir dem Urteil anderer Leser.

**Ein nationalliberales Blatt und die Wahlfreiheit.**

Der nationalliberale Mannheimer „General-Anzeiger“ schreibt in seiner Nr. 585 vom 16. Dez.: „Der Abg. Erzberger sprach in der Sitzung vom 7. Dezember im Reichstag von einem Antrag von Nationalist. Das Regierungspräsidium von Speyer hatte 6 Lehrer aus Statowitz nach Heinen Dorfern strafbar setzen lassen, weil sie bei den Stadtverordnetenwahlen für die polnischen Kandidaten gestimmt haben. Diese Lehrer waren Anhänger der Zentrumspartei, welche überall in Oberschlesien Wahlkompromisse mit den Polen gegen die Deutschen abgeschlossen hatte. Diese fünf Lehrer haben so gewählt in bewußtem Gegensatz zum Ministerialerlaß vom Jahre 1898, der den Beamten ihre nationalen Pflichten genau vorschreibt. Disziplinierungsverfahren gegen andere Beamte, die ebenso wählten, schweben noch.“

Der „General-Anzeiger“ kennt also nicht einmal den Tatbestand. Tatsache ist, daß die Lehrer sich bei der entscheidenden Wahl gegenüber den zwei polnischen Kandidaten der Wahl enthielten und nur die deutschen katholischen Kandidaten wählten. Und trotzdem wurden sie in dieser russischen Weise diszipliniert. Ist eine Disziplinierung wegen Stimmabgabe an sich schon empörend, dann um so mehr, wenn der Fall so liegt, wie hier. Wo bleibt da die Wahlfreiheit beim Beamten und Lehrer? Ist das Vorgehen in Statowitz überhaupt mit der Verfassung, mit dem Grundrechte des Staatsbürgers zu vereinbaren? Wir glauben nicht! Der Staat könnte sonst einfach in die Gewissen hinein regieren und die Gewissensfreiheit wäre mit Gewalt aufgehoben.

Was schreibt nun das Mannheimer national-liberale Blatt zu den empörenden Vorkommnissen in Statowitz? Es schreibt: „Für uns liegt der Fall ganz klar. Wenn die Regierung in die von der slavischen Kasse hart umtriebenen deutschen Gebiete Beamte schickt, so muß sie von ihnen den Diener des Staates verlangen, daß sie der obersten Aufgabe eines deutschen Staatsbeamten gerecht werden und rücksichtslos für die Wahrung deutscher Interessen eintreten. Den Beamten müßte das auch der Charakter ihrer exponierten Stellung wie die klare Vorschrift der Regierung zum Bewußtsein gebracht haben. Wenn sie trotzdem es wagen, gegen den Befehl der Regierung in den Rücken zu fallen und ihre klar vorgezeichnete Pflicht zu verletzen, so haben sie auch die ihnen auferlegte Strafregelung auf sich zu nehmen.“

Hier verteidigt also ein nationalliberales Blatt ein Recht der Staatsregierung, ihren Beamten die politische Gesinnung bzw. Bestätigung vorzuschreiben! Dieses Recht, das höchstens ein absolutistischer Polizeistaat im Ernst beanspruchen kann, wird hier ruhig anerkannt von einem nationalliberalen Blatt, in einer Zeit, wo Sozialdemokratie und Nationalliberalismus ein Herz und eine Seele sind! Dabei soll der badiische Großklub geschlossen sein, zur Verteidigung von Freiheiten gegen eine angebliche der Freiheit bedrohende Reaktion! Was sagt denn die Sozialdemokratie zu solchen Verbänden, mit denen sie heute in Baden die Politik machen will? Wie wird dieser Partei angesichts dieser Stellungnahme eines nationalliberalen Blattes in dieser Grundfrage der Freiheit? Es ist ja freilich nicht unbekannt, daß der „General-Anzeiger“ bezüglich der Polen- und Ostmarkenpolitik alles für gut und lobenswert findet, besonders auch die staatslich betriebene Protektionierung der Glimmer.

Doch der „General-Anzeiger“ ist nicht so schlimm; er hat einigemmaßen Mitleid mit den gemährregelten Beamten. Er schreibt nämlich:

„Müßte man ihnen nicht das volle Maß der Schuld zugemessen werden. Die größere Hälfte fällt der Partei zu, von der sie sich haben in die Freie führen lassen. Die Zentrumspartei hat durch ihre im Hien fests überal gebote Praxis, die Polen zu unentschieden und das Deutsche zu verzerren, bewiesen, daß sie es der Regierung unendlich schwerer macht, Katholiken, von denen man zum großen Teil annehmen muß, daß sie

parteilich auf dem Boden des Zentrums stehen, in den Osten zu verpflanzen. Rücksichtlosigkeiten erhebt jetzt das Zentrum, anstatt an die eigene Brust zu schlagen. Bezeichnend das folgende: „Germanisierung ist Protektionierung!“ Es redet von Entziehung staatsbürgerlicher Rechte und Freiheiten, ohne sich dessen zu erinnern, daß es selbst durch Mißbrauch der Religion zu politischen Zwecken die staatsbürgerliche Selbstbestimmung des deutschen Bürgers in rücksichtslosster Weise und mit Mitteln, wie sie keinem Staate zu Gebote stehen, hintertreibt. Hat diese Partei jemals ein ähnliches Maß von Entziehung beschworen, wenn es sich um Wahrung deutscher Interessen gegenüber den Angriffen einer fremden Klasse gehandelt hat? Die demagogische Hebe, welche das Zentrum auf Grund dieser selbstverständlichen, dem Pflichtgefühl gegenüber den Anforderungen der deutschen Interessen entsprungenen Maßnahmen der Regierung entfaltet, wird nachgerade unerträglich.“

Also das Zentrum ist schuld! Und wenn das Zentrum irgendwo in Betracht kommt, dann kennt das „freieiliche“ Blatt des badiischen Nationalliberalismus nur noch das Recht des Dreifachstimm und der Dampfwalze. Aber wundert sich darüber bei einem badiischen nationalliberalen Blatt? Hat es der badiische Nationalliberalismus nicht von jeher so gehalten? Nicht alle ungehörigen dem Zentrum, sondern auch gegenüber der katholischen Kirche? Das gehört zum Wesen des badiischen Nationalliberalismus und wenigstens darin zeigt der Nationalliberalismus Folgerichtigkeit.

Daß das Blatt diese seine ungeheuerliche Haltung mit einigen Unwahrheiten stützt, macht die Sache nicht besser, sondern schlimmer. Es ist eine liberale Kluge, die stets wiederkehrt, daß das Zentrum andere Mittel brauche bei seiner Agitation, als die der Schaffung einer Überzeugung mit geistigen Mitteln. Dagegen ist es bekannt genug, daß der Protest im liberalen System stets eine bedeutende Rolle gegenüber der Freiheit des Wählers gespielt hat. Wenn der katholische Wähler aus religiösen Gründen nicht liberal und nicht sozialdemokratisch wählt, dann wählt er genau so seiner inneren Überzeugung gemäß, wie der atheistische oder religiös gleichgültige Liberale und Sozialdemokrat. Und wenn auf der Seite der Gläubigen auch religiöse Beweggründe für die Wahl als bestimmend angeführt werden, so hat man dazu genau so das Recht, wie wenn auf der anderen Seite antireligiöse, religiöse- und kirchenfeindliche Beweggründe in der Agitation verwendet werden.

Und was das Zentrum gegenüber den Polen getan hat, das kann sich wahrhaftig vor jedem Menschen, der einen Funken Gerechtigkeits- und Freiheitsgefühl hat, sehen lassen. Was das Zentrum den Polen gegenüber tut, das ist das verfassungsmäßige Recht, das die Polen als deutsche Staatsbürger, die sie nun einmal sind, haben. Das Zentrum verurteilt dabei bei den Polen jede Gesinnung und jede Tat, die sich nicht mit der deutschen Staatsbürgerpflicht verträglich und hat das schon öfters zum Ausdruck gebracht. Daß aber die Nationalliberalen dafür keinen Sinn haben, das kommt daher, daß für sie von jeher die Begriffe Freiheit, Gerechtigkeit usw. lediglich Worte waren, deren Sinn sie nach ihrem augenblicklichen Bedürfnis auslegten.

So ist es auch heute noch, wie das Beispiel des Mannheimer „General-Anzeigers“ lehrt. Und diese Freiheitsheiden machen nun zusammen in Baden mit der Sozialdemokratie die Politik — soweit und solange es geht! Da kann man etwas lernen.

**Gemündingen.** Im Verlaufe der Redaktion der „Preisg. Anz.“ Nr. 293 ist zu lesen: „Die Amtsbekanntmachung wurde bei der Neuordnung des Amtsbekanntmachungsamtes am 1. Oktober 1909 denjenigen Zeitungen übertragen, die nachweisbar in dem betreffenden Bezirk die größte Abonnentenmenge zu verzeichnen hatten. So kam es, daß die von Ihnen angeführte Zeitung über sämtliche Amtsbekanntmachungen entsetzt wurde, weil sie eben nirgends einen größeren Abonnentenstand hat, sondern in vielen Orten nur in einigen Exemplaren und diese auch nur als Zwangsexemplare — als Amtsblatt — verbreitet vor. Dies hat sich aber heute nicht verändert und wenn jene Zeitung heute andere Behauptungen aufstellt, so handelt es sich nur um großprobierliche Webersäran.“

Das Blatt, welches hier gemeint ist, wird zweifellos die „Preisgauer Zeitung“ sein, die sich in „Gemündingen“ und Umgegend festsetzen möchte.

Im reaktionellen Teile des Blattes läßt sich eine Stimme aus dessen „Leserkreis“ folgendermaßen vernehmen:

„Zeit einigen Tagen erhalte ich ein Blatt zugehakt, das angeblich hier erscheinen soll, tatsächlich aber weiter nichts ist, als die Freiburger „Preisgauer Zeitung“ mit einem anderen Kopie. Dieses Blatt, das in den letzten Jahren einem gemäßigten und besonnenen Liberalismus halbwild, scheint sich jedoch plötzlich in einem ganz einseitigen chauvinistischen Parteiintus nicht genug tun zu können. Die Ausfälle, die dieses Blatt fast täglich in allen Formen und gegen Jeden begeht, der nicht das ganze Volk durch die Brille eines einseitigen Parteiintus beurteilt, überschreitet alles bisher Dagewesene und muß jeden vernünftigen Menschen geradezu anwidern. Es hat den Anschein, als hätte durch die Verplanung der „Preisgauer Zeitung“ unter einem anderen Kopie in unsere Stadt, in der sich bisher alle Parteienrichtungen friedlich nacheinander vertrugen, mit Gewalt der Parteihaber bereitgetragen.“

Man darf natürlich nicht übersehen, daß geschäftliche Konkurrenz hier eine sehr große Rolle spielt.

**Kleine badische Chronik.**

— Karlsruhe, 16. Dez. Im allgemeinen Interesse geben wir folgende Nachricht wieder: Pferdebesitzer werden im Hinblick auf die kommenden Feiertage darauf aufmerksam gemacht, daß es sehr gefährlich ist, Pferde ein oder mehrere Tage ununterbrochen im warmen Stall stehen zu lassen, weil sie dadurch beim Herausfahren an die kalte Luft an schwarzer Hornwunde erkranken. Die Krankheit, welche je nach der betr. Gegend auch noch als Müßwehre, Fluß, Krampfkat, Rierenkat etc. bezeichnet wird, besteht fast ausnahmslos aus gefährlicher, junger, somit wertvoller Pferde und führt in kurzer Zeit zum Tode. Zuverlässige Hilfsmittel für diese Krankheit gibt es nicht, wohl aber zuverlässige und leicht durchführbare Mittel zur Beseitigung derselben.

Die Badiische Pferdeversicherungsanstalt gibt folgende von Sachverständigen aufgestellte Verhaltungsregeln an: 1. Ein gesundes Pferd soll nicht länger als einen halben Tag im Stall belassen und täglich mindestens eine Stunde im Freien anschießend bewegt werden. 2. Es soll demselben, wenn es sich in gutem Gesundheitsstand befindet, während der Ruhetage die Futterration um etwa ein Viertel gekürzt werden. 3. Der Stall soll fortwährend gut gelüftet sein, namentlich auch zur Nachtzeit. Bei kaltem Wetter soll die Stalltemperatur nicht mehr als 8° R. betragen.

**Kirchliche Nachrichten.**

... Diensthöfen. Gottesdiensthörung für Sonn- und Feiertage. 7.30 Uhr Frühmesse, 8 Minuten nach Ankunft des Juges; 9.15 Uhr Predigt und Hochamt, 30 Minuten nach Ankunft des Juges. Katholische Schützen werden auf die gütige Gelegenheit zur Erklärung der Sonntagspfecht aufmerksam gemacht. Erzählung. Pfarramt: Hof. Hummel, Pfv.

4. Bevor ein Pferd nach einem oder mehreren Abfällen wieder eingepackt wird, läßt man die sonst vorhergehende Futterration, also in der Regel das Morgenfutter, ausfallen, so daß das Pferd nüchtern an die Arbeit kommt.

**Karlsruhe, 17. Dez.** Durch einen Erlass des Finanzministeriums, der am 1. Januar 1910 in Kraft tritt, wird das Rechenungs- und der 1909 in Kraft tritt, wird das Rechenungs- und der 1909 in Kraft tritt, wird das Rechenungs-

**Karlsruhe, 16. Dez.** Der bei der Rheinischen Transportgesellschaft von William Franz u. Co. angelegte junge Kaufmann Karl Baum verließ seit länger Zeit Karlsruhe zum Nachteil der Firma, die er durch rassistische Manipulationen zu verberaten suchte. Die Firma erfuhr in dem Angelegenheit, als die Frau Baum, eine frühere Lednerin namens Eichelmann, auf der Bank eine Sparanlage von 6000 M. abbauen wollte. Beide wurden in Unternehmungshaft genommen. Die Höhe der verantraagten Summe beträgt über 8000 M. Bei der Hausdurchsuchung fand man Verlobungsbriefe für Weihnachten 1909.

**Mannheim, 16. Dez.** Mit Genehmigung nahm die Handelskammer Mannheim davon Kenntnis, daß ein fahrendes Unternehmen die Vorbereitungen der badiischen Regierung zu sein scheint, in der Frage der Reorganisation der Verwaltung bei den in die Mitte beginnender Verhandlungen über das Württemberg und Baden gemeinsam ausgearbeitete Reorganisationsprojekt größtmögliche Entgegenkommen zu zeigen.

**Weinheim, 16. Dez.** Das seit dem 1. Okt. unter der Leitung des Herrn Gartenbauinspektors Dr. Petersen, Kgl. und landw. geistl. Begüterter Bergarbeiter und Gießerei, stehende Weinheimer Gartenbauinstitut (vorm. Heintz) ist, wie der „Preisg. Anz.“ hört, zur ersten Gartenbauhochschule erhoben worden.

**Wiesloch, 16. Dez.** In der Heil- und Heilanstalt zog sich kürzlich ein Kranke durch ein zu heißes Bad beraterige Brandwunden zu, daß er am anderen Tage starb, der Tod war auf die Fahrlässigkeit des Wärters Nikolaus Gyp zurückzuführen, der deshalb zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

**Vom Baulande, 16. Dez.** Bei der am 14. Dez. in Murbach stattgefundenen Gemeinderatswahl machten von 188 Wahlberechtigten 160 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Es wurden die bisherigen Herren Gemeinderäte Carl Sinn und Wilhelm Sänerer mit je 146, Julius Gellmann mit 129, und Julius Sinn mit 109 Stimmen wiedergewählt. In die betreffenden Herren oder eine Wiederwahl nicht mehr annehmen, ist ein neuer Wahlgang notwendig. — Die Eheleute Melchior Seubert in Wankenfing begannen am 14. Dez. das Fest der goldenen Hochzeit. Der Gemann, der lange Jahre Waldhüter war, ist 91 Jahre alt und noch rüstig. — Der frühere Wirt der Restauration „Zur Eisenbahn“ in Zungenhau, Herr Kaspar, genannt „Hefenkalpar“ wurde vom Wagen geschleudert und brach ein Bein. — In Spedbach war der Landwirt Georg Blättner mit Ausreißer befehligt. Beim Straußengießen brach die Strohrolle am Dachstuhl und fiel ihm in den Gesicht, daß er demnächst an dem Orte gestorben wäre und infolge der schweren Verletzung starb. — Ebenfalls starb kürzlich der Landwirt Christian Wörz von der Oberterne auf den Schönen Kopf bei an der Schwere Verletzungen am Kopf.

**Forst, 16. Dez.** An der Stätte, an der im Herbst der Forstwart Fränzel dem Waldhüter zum Opfer fiel, wurde laut „Preisg.“ ein Gedenksteine errichtet. Es ist ein einfacher, etwa 1,30 m hoher Granit, der auf einer eingelaugten Marmorplatte folgende Inschrift trägt: „Hier an dieser Stelle wurde der hiesige Forstwart Josef Fränzel am 27. Okt. 1909 — des nachmittags wurde er von einem Wilderermordet. 1840—1909.“ Daran sieht sich der Vers: Wie eilt der Tod, wie säumt er nicht, Und ruht den Menschen vor's Gericht. An welchem Ort, in welchem Land, Herr, wie Du willst! Nur nicht durch Mörderhand! Drum Mensch, heb' dich, erarme Dich, Ein Vatermörder bist' dir nicht!

**Hornberg, 16. Dez.** Wie schon berichtet, hat sich auf der Hiesigen Station ein wegen Betrugs u. s. w. verurteiltes Verbrechen verurteilter Meißner von den Zugwechsen, um seine Leben ein Ende zu machen. Dieser heißt in Wirklichkeit Ammerich, nicht Steinle, und reiste für eine Berliner Firma.

**Aus dem Dreiländer, 16. Dez.** Die durch eine Anzahl badiischer Zeitungen angeregte Werbung, daß die Verwaltung und der Betrieb der vereinigten Großbrauereien von Breisach, Dillingen und Gemündingen nach Dillingen verlegt werden, ist nicht zutreffend. Wahr ist dagegen, daß der Betrieb in Breisach eingestellt, in Dillingen und Gemündingen aber anrechterhalten bleibt und daß die kaufmännische Leitung der vereinigten Großbrauereien von Gemündingen aus geschieht.

**Unterzweilach, 16. Dez.** Der 58 Jahre alte Tagelöhner Felix Ziele, gebürtig aus Grafschaften, wurde auf freiem Felde ertränkt aufgefunden. Derselbe dürfte auf dem Heimwege nach Sulzbrunn vom Westufer abgekommen und ertrunken sein.

**Murg, 16. Dez.** Keine besonders günstigen Aussichten bieten sich gegenwärtig in manchem Betrieb der Textildruckerei. Die Auftraggeber der verschiedenen Betriebe lauern recht heimlich ein, so daß schon an teilweise Verlegung der Arbeitszeit gedacht wird.

**Wagheln, 16. Dez.** Am Bau der Kraftwerke für die Mauer namens Schaffstall aus einer Höhe von 6 Meter in den Rhein und ertrauf.

**Bonnort, 16. Dez.** Freitag und Samstag finden hier die Würgerausschwahlten statt. Die Kompromißverhandlungen zwischen Zentrum und Nationalliberalen sind gescheitert.

**Konstanz, 16. Dez.** Die Gemeinden Klettbrunn und Hegau, Amts Konstanz, sind zum Zweck der Errichtung eigener Volksschulen gemäß § 6 Absatz 3 des Gemeindeförderungs-Gesetzes mit Wirkung vom 16. Okt. 1899 aus dem Schwaiberband mit der Gemeinde Altschwaben, Amts Konstanz, ausgeschieden.

**Lokales.**

**Karlsruhe, 17. Dezember 1909.** Aus dem Hofbericht. Der Großherzog hörte im Laufe des gelirigen Tages die Vorträge des Delegationsrats Dr. Seb und des Geheimrats Dr. Friedrich von Babo. Oberfinanzrat Wilhelm Sachs ist vorgestern im Alter von 64 Jahren gestorben. Mit den Mostandarbeiten wurde gestern begonnen. Es werden vorläufig 20 Mann beschäftigt. Weltkinoematograph bringt in seinem neuen Programm wiederum einen dramatischen Kunstfilm aus der vergangenen Zeit, in welcher ganz Europa unter der Ausübung des Krieges stand. Die Bilder sind wieder aus der Ausübung des großen Franzosen hervorgegangen. Wir lernen diesmal einen guten Jungmann kennen und manchen der belgischen dieser Film wird eine Träne im Auge setzen.

der erwartenden Szene, wie Napoleon seinen toten Helben küßt, der sich und seinen Vater aus Feindeshänden hätte retten können, aber aus Treue zu seinem Kaiser und Vaterland den frühen Tod finden mußte. Auch der weitere Kunstfilm „Die Geiseln“ verdient besonders hervorzuheben zu werden. Die Sprengungen am Rhein bei Kautzen und die schönen Landschaftsbilder verdienen eine bevorzugte Stellung in dieser Woche. Das Tonbild „Durch das Fernrohr des hl. Petrus“ verleiht uns in eine freudige Bestimmung. Der Humor ist auch wieder reichlich vertreten.

### Das Großfeuer in der Südstadt

hat auf einen Schlag 179 Arbeiter arbeits- und brotlos gemacht. Ein harter Schlag für dieselben, sowie für ihre Familien. Wie mancher derselben hat Kinder, welchen dadurch die schon lang ersehnte Weihnachtsgabe verweigert ist. Bei der gegenwärtigen schlechten Beschäftigung wird für die Arbeiter schwer Arbeit zu erlangen sein. Wohl darf man die Hoffnung hegen, daß Privatunternehmer sowohl als auch die Stadtverwaltung denselben Arbeitsgelegenheit schaffen. Allein auf einmal wird es nicht gehen. Es muß deshalb den brotlos gewordenen Arbeitern auf andere Weise Hilfe gebracht werden. Die Zahlstelle des christlichen Sozialarbeiterverbandes eröffnet für dieselben eine Sammelliste und appelliert an die edle Gesinnung der Karlsruher Einwohnerschaft, besonders an die Wohlhabenden, ihr Erbarmen nach Armen beizutragen, um die Not dieser Armen lindern zu helfen. Die Sammelliste liegt im Volksbüro und Arbeitersekretariat, Schützenstraße 39, zum Einzeichnen auf. Wer schnell gibt, gibt doppelt. Lieber die Spenden wird in diesem Blatte quittiert werden.

3. In dem Großfeuer bei Billing und Keller wird noch bekannt, daß der Versicherungswert des ganzen Gebäudes mit Möbeln, Material und Einrichtung 212 300 M. beträgt; daran ist die Magdeburger Feuerversicherung mit 42 Prozent, die Wasler mit 33 Prozent und die Allianz mit den restlichen 25 Prozent beteiligt. Am Brandplatz ist eine ständige Wache aufgestellt. Es brennen noch gegen 2000 Zentner Kohlen. Die Mauerreste müssen niedergebissen werden.

Zu dem gestern von uns mitgeteilten Fall von Sorglosigkeit der Feuerwehre bezüglich des „Alten Freis“ ist nachzutragen, daß die Sorgen und Vermutungen der Anwohner keineswegs auf übertriebener Besorglichkeit beruhen. Eine arme Arbeiterfrau, deren Wohnung unmittelbar an das gefährdete Dach anstößt, konnte es nicht sich zur Mühe zu hegen und hielt deshalb weiter Feuerwache, eine Arbeit, die eigentlich hoch der Feuerwehre obliegen hätte. Um 4 Uhr morgens brannte das Dach wieder nieder. Hatte die Frau nicht alsbald Hilfe herbeiführen können, so wäre wohl auch das Vordergebäude des „Alten Freis“ das Opfer einer neuen Katastrophe geworden, da von der Wilhelmstraße und anderen Punkten aus das Feuer kaum hätte beachtet werden können, bis es zu spät gewesen wäre. Vielleicht empfiehlt es sich, künftig zur Reorganisation unserer Feuerwehre auch Frauen anzustellen, die etwas aufmerksamer sind als die Perren der Schöpfung.

Ein anderes Ereignis der Brandwache darf gleichfalls nicht verschwiegen werden. Im Hinterhaus der Pfaffenstraße 7, das unmittelbar neben dem Resthaus der Pfaffenstraße liegt, wohnt, bereits zu Bett gegangen, als ein Knall im Resthaus sie aufschreckte. Im nächsten Augenblick sah sie Feuerflammen, was geschah, war ihr nicht mehr zu sagen, bis sie ihre vier kleinen Kinder aus dem Haus. Die Frau war im Inneren und beschloß, sich mit ihren Kindern in den Keller zu retten. Sie wußte aber nicht, daß sie keine Belüftung hatten und niemand sich ihrer annahm. Als sie schließlich Unterkunft gefunden und zu ihrer Wohnung zurückkehrte, mußten sie die Wahrnehmung machen, daß außer Gebrauchsgegenständen, das Geld sogar aus den Taschen in den Kleider, sowie eine Uhr samt Kette von der Wäsche des Mannes weg geholen worden waren. Auch sonst kam der armen Familie noch manches abhandeln. Auch in anderen Häusern mußte man im kritischen Moment Händ und Fuß feigen, um die eindringenden Leute, die wohl nicht alle mit guter Absicht gekommen waren, abzuwehren. Es ist doch sehr traurig, wenn die Not und das Elend, das eine solche Katastrophe verursacht, bei den wohlhabendsten Gemeinheiten nicht zurückbleibt. Dieser Vorgang dürfte auch der Veranlassung geben, für künftige Fälle auch für genügenden möglichst raschen polizeilichen Schutz zu sorgen und gegen das aufdringliche Publikum eventuell mit Gewalt vorzugehen. Wessen Mühe man sich da erst versehen, wenn es zu einer Revolution käme??

### Vermischte Nachrichten.

Berlin, 16. Dez. Aus Deutschland ist ihm Kommando der Schützengarde heute die telegraphische Meldung eingelaufen, daß 17 818 von der in Bismarckstationierten 9. Grenadier-Regiment in einem Aluminiumboot verunglückt und ertrunken sind.

### Der einjährige Danmager endgültig freigesprochen.

Magdeburg, 17. Dez. Der einjährige Danmager wurde am 10. Januar in Stendal, der am 16. Juni den Führer v. Zeuner im 10. Oktober freigesprochen wurde, da das Gericht aufgrund der Sachverständigen-Gutachten annahm, der Angeklagte habe im Dämmerzustand gehandelt, wurde gestern nach zweitägiger Verhandlung vor dem Ober-Landesgericht freigesprochen und zwar im Wesentlichen wieder auf Grund des Sachverständigen-Gutachtens des Geheimrats v. Pöppel, welcher Dämmerzustand während der Tat konstatierte. Der Antrag wegen Entlassung 10 Jahre Zuchthaus und Ausweisung aus dem Heere.

### Zur Affäre Hofrichter.

Wien, 16. Dez. In der Hofrichter-Affäre ist jetzt ein Gutachten des Hofrats Dr. Ludwig ergangen. Das Gutachten, das noch nicht abgeschlossen ist, konstatiert nur, daß die Dolanten reines Opium ohne jede Beimischung von Chinin enthalten haben. Für die Unterjuchung ist diese Feststellung von größter Wichtigkeit, da nachgewiesenermaßen Hofrichter häufig Chinin gefast hat und man annehmen, er habe dem Opium Chinin zugelegt.

### Telegramme und neueste Nachrichten.

Wien, 16. Dez. Die Reichstagswahl in Wien am 15. Februar, eine eventuelle Stichwahl am 20. Februar aberkannt worden.

London, 16. Dez. Eine Zusammenkunft zwischen dem französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Pichon und dem englischen Staatssekretär Sir Edward Grey soll in den nächsten Tagen stattfinden.

Ueber den Ort der Zusammenkunft ist noch nichts Näheres bekannt.

### Automobilunfall des Kronprinzen.

Berlin, 16. Dez. Heute nacht stieß das Automobil des Kronprinzen auf der Charlottenburger Chaussee in der Nähe des Bahnhofs Tiergarten mit einem entgegenkommenden Privat-Automobil zusammen. Der Kronprinz blieb unverletzt, dagegen erlitt der ihm begleitende Offizier eine stark blutende Verletzung an der Schläfe und Schnittwunden über dem rechten Auge. Die Insassen des Privat-Automobils kamen mit leichten Hautschürfungen davon.

### Badischer Landtag.

Unberechtigter Nachdruck der B.Z.K.-Berichte ist untersagt.

10. Sitzung.

B.Z.K. Karlsruhe, 17. Dezember.

Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 50 Min.

Am Regierungstisch: Ministerialdirektor Schulz, Ministerialrat Wolpert, und Geh. Oberregierungsrat Wöhr.

Nach Bekanntgabe des Einlaufs wird die Beratung fortgesetzt über die Nachweisungen über die Friedigung der vom Landtag 1907/08 überwiesenen Petitionen.

50. Zur Petition der Gemeinde Forstheim betr. die Bahn Weidenstadt-Forstheim äußern die Abg. Odenwald (Frei.) und Stodinger (Soz.) ihre Mißfallen darüber, daß die Regierung gar nichts getan habe. Die Regierung solle nicht Fangball spielen mit dem Vertrauen des Volkes. Als man noch Geld hatte, hat man auch nichts getan.

Ministerialdirektor Schulz: Dieses Gesuch habe dem letzten Landtag zum erstenmal vorgelegen. In der vorletzten Sitzung habe ich erklärt, daß die Eisenbahnverwaltung infolge zu starker Belastung sich verjagen müßte, neue Projekte aufzustellen. Württemberg müßte wir ein fertiges Projekt vorlegen. Näheres wird noch bei der Petition zu folgen sein.

53. Zu den Witten betr. eine Bahn nach St. Blasien bittet Wittenmann (Ztr.), einem Projekt nach Schluß der Verhandlungen zu treten.

Ministerialdirektor Schulz: Wir halten uns an die Beschlüsse des Hauses.

55. Die Witten betr. das Halten von Eisenbahnen wird vom Abg. Wilmmer (Ztr.) bestritten.

56. Zur Bitte um Errichtung einer Güterladestation auf Station Weuggen bringt Abg. Diesterle (Ztr.) die Wünsche der Petenten vor, denen die Regierung nicht ganz entsprochen habe. Nur ein ausrangierter Güterwagen sei zur Verfügung gestellt, der natürlich für größere Güter nicht ausreichte. Aus dem kleinen Güterwagen sollte doch eine Güterhalle entstehen.

Ministerialdirektor Schulz verweist, daß den Gemeinden mitgeteilt worden ist, daß bei Erstellung eines zweiten Gleises auch die Güterhalle vorgehen sei.

Präsident Rohrbach rügt nachträglich den Ausdruck Stodingers, daß die Regierung nicht ehrlich und anständig gehandelt habe.

57. Zur Bitte um Errichtung eines zweiten Zugängers über den Verjonen- und alten Rangierbahnhof in Mannheim spricht Abg. Sühnd (Soz.) in beifolgendem Sinn. Das Angebot der Stadt sei unbeantwortet geblieben. Da sei zu erwarten, daß eine neue Petition komme. Ministerialdirektor Schulz gibt kurz Auskunft.

Es spricht weiter zur Sache in beifolgendem Sinn Abg. Vogel (Dem.): Die Stadt hat die Erwartung (müßiger Beitrag) übertraffen. Jeder, der die Verhältnisse kennt, muß sich wundern, daß die Regierung hier mit einem zwei Meter breiten Steg vorgehen versucht. Die Stadt hat sich für ein Drittel der Kosten bereit erklärt und die Verhältnisse bei einem drei Meter breiten Steg.

58. Zur Bitte um den Bau einer Bahn von Waldmühl über Gardsheim-Mühlheim nach Wertheim bemerkt Abg. Neuhans (Ztr.): Er könne die Antwort der Regierung nicht begreifen, daß sie an das Projekt nicht heranträte. Das werde viel Erbitterung verursachen, daß man dieser verkehrsarmen Gegend nicht einmal einen Eisenbahnprojektor zur Prüfung des Projekts zu schicken für nötig hielt. Redner verurteilt das in scharfen Worten.

59. Zu den Witten betr. Wohnprojekte Singen-Weuron und Dwingen-Neberlingen usw. äußern sich die Abg. Duffner und Wüchner (Ztr.). Letzterer das glatte Nein der Regierung betr. Dwingen-Neberlingen verurteilt.

Abg. Wöhr (Soz.) zur Bahn Offenburg-Beßel: Diese Bahn habe auch ein großes Landesinteresse, weil diese Bahn die Norddeutschen von Straßburg nach dem Schwarzwald führen würde.

Präsident Rohrbach bittet, den Ausdruck, daß Preußen unnoebel handle, nicht mehr zu gebrauchen.

Ministerialrat Schulz: Der letzte Landtag habe anders beschlossen, als Wöhr wünscht.

Ein Regierungskommissar gibt dem Abg. Duffner die Auskunft, daß für Stodach Dwingen ein Betrag eingesetzt werde. Auch betr. Weuron wird Auskunft gegeben.

Ministerialdirektor Schulz: Ich sei nichts von Unterhandlungen mit Privatunternehmern bekannt. Abg. Duffner (Ztr.) dankt für die Auskunft. Es müsse ein Mißverständnis vorliegen.

Abg. Wöhr (Soz.) spricht zur Bitte um Ankauf der Privatbahn Zell-Rohrbach durch den Staat und Umwandlung in eine Vollenbahn in beifolgendem Sinn.

Ministerialdirektor Schulz: Vom nächsten Sommer ab wird die Gesellschaft ein weiteres Zugpaar einlegen, das den Verkehrsbedürfnissen abhelfen wird.

Abg. Gilbert (natl.) und Duffner (Ztr.) sprechen zur Bahn Donaueschingen-Schaffhausen.

Abg. Wittenmann (Ztr.): Das Hauptwort sei heute das „Bedauern“. Wir sind eine Bedauern-Verammlung. Auch er müsse den Standpunkt der Regierung bedauern gegenüber der Bitte um Erbauung einer Eisenbahn von Seeburg über Tengen nach Müntzingen und Hohentengen nach Seßfeld, ebenso

Abg. Duffner betr. die Errichtung einer Güterstelle bei der Station „Im Weiler“.

Ministerialdirektor Schulz verweist bei den Ausführungen Duffners Widerlegung durch Gründe.

Abg. Wittenmann (Ztr.): Der Standpunkt der Regierung sei im Betalder der Technik nicht haltbar. Es scheine am guten Willen der Regierung zu fehlen.

Der Präsident rügt diesen Ausdruck.

Abg. Wittenmann: Die deutsche Sprache sei seiner Ansicht nach dazu da, um das rechte Wort zu finden (Sehr richtig links).

Präsident Rohrbach: Er könne eine Kritik seines Ordnungsrufes nicht zulassen.

Abg. Duffner (Ztr.) widerspricht den Ausführungen der Regierung; nur fiskalische Schwierigkeiten könne sie geltend machen, die technischen seien zu überwinden.

(Die Sitzung dauert fort.)

### Karlsruher Ständebuch-Ausgabe.

Chefverleger: 14. Dez. Johannes Senge von Rengering, Sergeant hier, mit Maria Witsch von Wilschburg. — Josef Fries von Neuhäusel, Bizelembel hier, mit Anna Weber von Hohenheim. — Jakob Hader von Untersteinbach, Kaufmann in Forstheim, mit Nina Nech von hier. — Geburten: 7. Dez. Friedrich Georg, Vater Friedrich Roger, Malchin. — 8. Dez. Roman Kurt Willfried, Vater Friedrich Müller, Kaufmann. — 10. Dez. Maria, Vater Johann Hiedinger, Tagelöhner. — Nina Julie, Vater Louis Kratt, Schloffer. — 11. Dez. Josef, Vater Franz Adle, Wäler. — Luise Bertha, Vater Otto Hermann, Friseur. — Gertrud Frieda Sofie, Vater Franz Eber Berg, Kaufmann. — 12. Dez. Alois Getrud, Vater Karl Krebs, Bierführer. — Gräfin Johanna, Vater Jakob Wagner, Maurer. — Pauline Luise Margareta, Vater Heinrich Wilhelm Schanfer, Wirt. — 13. Dez. Elisabeth, Vater Alexander Höner, Schreiner. — Amalia Theresia, Vater Josef Wunderlich, Schloffer.

Todesfälle: 14. Dez. Karoline Bittlingmayer, alt 66 Jahre, Witwe des Mechanikers Karl Bittlingmayer. — Frieda, alt 12 Tage, Vater Ernst Riess, Schützmacher. — Franziska Brent, alt 71 Jahre, Witwe des Ritters Leonhard Brent.

### Verlag John Henry Schwerin, Berlin.

Die „Grosse Modenwelt“ mit bunter Fräsewignette bietet in dorrühlichen Gebirgen eine in der Tat erstaunliche Anzahl der reizvollsten Damen- und Kindermodellen, und was die Hauptfrage ist, mit Hilfe der jeder Nummer beiliegenden Schnittmuster kann auch die Anfängerin sich alles leicht und billig selbst herstellen. Außerdem liefert der Verlag Extraholme nach einer gelandeten Körpermaß zu den minimalen Selbstkosten — 50 Pfg. für Schmitte für Erwachsene, 35 Pfg. für solche für Kinder. Eine vornehm geleitete, illustrierte Zeitschrift, die vorzügliche Unterhaltung und Belehrung. Die „Grosse Modenwelt“ mit bunter Fräsewignette kostet nur 1 Mk. vierteljährlich.

Herabragend an Reichhaltigkeit, Vielseitigkeit und Billigkeit ist das bekannte Universalblatt „Mode und Haus“, das das Menschennützlichste an reizenden Neuheiten auf allen Gebieten der Mode und Hauswirtschaft bringt. Auch für Unterhaltung ist in reichem Maße gesorgt. Ganz speziell machen wir auf den jeder Nummer beiliegenden musterartigen Schnittbogen aufmerksam, außerdem liefert der Verlag Extraholme nach eingehendem Körpermaß — seine sogenannten Normalholme — gegen Vergütung der eigenen Selbstkosten von 50 Pfg. pro Schnitt. „Mode und Haus“ kostet trotz seines reichen Inhalts pro Quartal bloß Mk. 1.—; mit achtzigjähriger Romanbeilage „Aus besten Federn“ und Modenkollektion Mk. 1.25.

Reizende Kindermoden bietet die Monatschrift „Kinder-Modenwelt“. Mit Hilfe der beigelegten Schnittmuster wird hier selbst der unerfahrensten und ungeschicktesten Mutter genaue Anleitung zur Selbstherstellung ihrer Kinder gegeben. Aber auch den Kindern wird Anleitung gegeben, wie sie sich selbst in ihrer ungeliebten Kleiderwelt des Haushalts ganz reizende Spielzeugen selbst anfertigen können. „Kinder-Modenwelt“, mit den Beilagen „Für die Jugend“ und „Im Weiche der Kinder“ — Abonnement 60 Pfg. pro Quartal.

Die „Illustrierte Wäsche-Zeitung“ kostet ebenfalls 60 Pfg. pro Quartal und bringt reizende Vorträge sämtlicher Wäschearten, auch von Herren- und Kinderwäsche.

Sämtliche vier Schriften sind von allen Buchhandlungen und Postämtern zu beziehen. Gratis-Probennummern durch Brief und den Verlag John Henry Schwerin, Berlin W. 35.

### Für Krankenhäuser, Erholungsheime und ähnliche Anstalten

empfehlen wir neuere und ältere gebundene Jahrgänge von unserm reich illustrierten Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“, zum Preise von Mk. 3.—

„Badenia“, Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei, Karlsruhe, Adlerstraße 42.

### Wetterbericht des Zentralkomitees für Baden, 17. Dezember 1909.

Der Kern des hohen Druckes hat sich seit gestern auf den Südosten Europas verlegt und vor dem Eingang in den Kanal ist eine Depression erschienen. Diese verursacht in Frankreich und in den Niederlanden trübes Tauwetter mit Regenfällen, in Deutschland dagegen ist es noch heiter oder neblig und kalt. (Bromberg 11 Gr., Wilmgen 14 Gr.) Ein zweites Hochdruckgebiet ist bei Island erschienen. Das Innere des Ostbaltischen Meeres erkennen, daß sich die Depression weiter binnenwärts ausbreitet; es ist deshalb trübes und wärmeres Wetter mit Niederschlägen zu erwarten.

### Wasserstand des Rheines vom 17. Dezember 1909.

Schifferinsel 1.35, gestiegen 2. Rehl 1.80, gefallen 3. Maxau 3.72, gefallen 6. Mausheim 2.98, gefallen 9.

### J. B. F. W. O. (Schneebeobachtungen.)

Der auf den Höhen liegende Schnee hat seit dem 10. Dezember langsam um einige Zentimeter abgenommen. Am Morgen des 16. Dezember (Donnerstag) sind gemessen worden in Furttungen 26, in Dürheim 12, in Bollhaus 7, in Heiligenberg 22, beim Feldberg 70, in Litzke 38, in Bonndorf 16, in Hohenheim 35, in St. Martin 18, in Gersbach 35, in Lohndorf 41, in Heubronn 32, in Erlenberg 10, in Kniebis 26, in Breitenbrunn 15, in Herrenwies 14 und in Kaltenbrunn 30 cm. Der Oberrhein ist schneefrei gewesen.

### Tages-Kalender.

Freitag, den 17. Dezember.

Windstorkbund. Halb 9 Uhr Hauptversammlung. Kathol. Gesellenverein. 9 Uhr Gesangsprobe. Grund- und Hausbesitzerverein. Halb 9 Uhr Versammlung. Saal 3, Schrempf. Apollotheater. 8 Uhr Vorstellung. Kolosseum. 8 Uhr Vorstellung.

### „Badenia“

Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei  
Karlsruhe & Adlerstraße 42

liefert

### Besuchs-, Verlobungs- und Neujahrskarten

nebst passenden Umschlägen in schöner sauberer Ausführung zu billigsten Preisen.

Auswärtige Besteller wollen nebst Text die gewünschte Größe und Ausführung angeben. Bestellungen erbitten frühzeitig!

### Stadt. Rechtsanwaltsstelle

(Stadt. Arbeitsamt)

Jähriger Gehalt 100. Erdgeschoss, erteilt münderbemittelten Personen unentgeltlich Rat und Auskunft, vordemlich in Sachen des Arbeits- und Zientvertrags, der Arbeits- und Invalidenversicherungs-gesetzgebung, des Mietrechts, in Willkür, Etenen und Staatsan-geldrichtersachen u. s. w. Kostenfreie Unterhaltung von Schrift-sagen.

Geschäftsstunden: Werktäglich von 9—1 und 3—7 Uhr. Telefon 629.

### Bekanntmachung.

Stadt. Arbeitsamt Karlsruhe,

Jähriger Gehalt 100. Telefon Nr. 629. Geschäftszeit von 8—12<sup>1/2</sup> und 2—7 Uhr werktäglich.

Männlicher Arbeitsnachweis: — Weiblicher Arbeitsnachweis: — Vermittlung männlicher und weiblicher Arbeitskräfte jeder Art, auch für den Haushalt. Besondere Abteilung für Vermittlung, Wohnungs-nachweis, Vermittlung kleiner Wohnungen und Schlafstellen. Rechtsanwaltsstelle: — Eyrachmuden von 9—1 und 3—7 Uhr werktäglich. Unentgeltlicher Rat und Auskunft an münderbemittelte über Rechtsangelegenheiten jeder Art, insbesondere im Gebiet des Arbeits- und Zientvertrags und der Versicherungs-gesetzgebung (Arbeits-, Unfall- und Invaliden-Versicherung). Die Arbeits- und Wohnungsvermittlung sowie die Rechtsanwaltsstelle wird völlig kostenlos erteilt.

Stadt. Arbeitsamt.

### Vervielfältigungen

mit der Schreibmaschine

Hans Dinger

Karlsruhe i. B. Wielandstr. 16. Übernahme aller sonst vorkommenden maschinenschriftl. Arbeiten. — Lieferung nach auswärtig. — Muster und Preisangebote zu Diensten. Verschwiegenheit sicher. Die Preise sind billig. Anfertigung schnellstens. Ausführung peinlich gewissenhaft und sauber.

### Gebete für die Generalkommunion von Jungfrauenkongregationen

100 Zehn Nr. 1.—

„Badenia“, Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei, Karlsruhe, Adlerstraße 42.

Als  
praktische u. willkommene  
**Weihnachts-  
Geschenke**  
empfehle  
Beleuchtungsgegenstände jeder Art, für Gas und elektr. Licht, und zwar: Lampen, Salon-Lüstres, Suspensionen, Schreibtischlampen, Wandarme etc.  
Badeeinrichtungen, Bädern, Badewannen, Sitz-, Fuss-Artikel, u. Kinderwannen, Bade- u. Toiletten-Artikel  
Klosettstühle, Bidets, Krankentische  
Gaskoch- und Bratapparate  
Gasheiz- und Petroleum-Ofen  
Seidenschirme u. Glaswaren für alle Beleuchtungsarten  
Marmor- und Fayence-Toiletten etc.  
Grosse Auswahl. Billige Preise. Rabattmarken.

**Konrad Schwarz**  
Spezial-Geschäft für sanitäre Anlagen u. Beleuchtung  
Waldstr. 50 Karlsruhe Waldstr. 50  
Telephon 352.  
An den Sonntagen vor Weihnachten ist mein Geschäft von 11 Uhr ab geöffnet.

Freitag — Samstag — Sonntag

**Doppelte  
Rabattmarken**  
oder **10 Prozent**  
auf sämtliche  
Holz-, Fell-, Plüsch-Schaukelpferde, Festungen, Kaufläden, Ställe,  
Puppenzimmer, Küchen, Puppenwagen, Sportwagen.

**Hermann Schmoller & Co.**

**Delikatess-Körbe**  
schön garniert, in allen Preislagen.

**Delikatess-Schinken**  
zart und mild gefalzen, von A. R. — an.

**Russischer Kaviar**  
in allen Preislagen.

**Straßburger Gänseleber-Terrinen**  
von Henry und Brück.

**Gänseleber-Galantine und -Wurst,**  
**Gänseleber-Teigpasteten,**  
**Pommersche Gänsebrust,**  
prima Qualität.

**Westfälischer Schinken**  
von Kamping.

**Punsch:**  
Portwein-Punsch von Schröter & Söhne,  
Kaiser- und Rotwein-Punsch  
von Nienhaus-Düffelbork,  
Burgunder-Punsch von Kramer,  
Sellnersche und Bols-Punsche.

**Wein:**  
Bordeaux, Badische, Rhein-, Süd- und Mosel-Weine.  
Brüffeler Trauben, Mandarinen, Drogen, frische  
Ananas, Malaga- und America-Gold-Trauben.  
Tafel-Geflügel,  
Austern, lebende Hummer  
empfiehlt

**Herm. Munding**  
Hoslieferant  
Kaiserstr. 110. Telephon 1042.  
Prompter Versand.

Frau Amalie Hildenbrand  
Erbprinzenstrasse 36  
empfiehlt zu Weihnachten:  
Parfüms und Seifen  
in hübschen Cartons,  
Kammgarnituren,  
Schildplatt, Horn, Celluloid,  
Eau de Cologne u. s. w.

Separate  
Weihnachtsausstellung.

**Kinder-Anzüge,**  
moderne Façons,  
empfiehlt sehr preiswert  
**J. Schneyer,**  
Werderplatz.

Kopfbürsten,  
Kleiderbürsten,  
Hutbürsten,  
Zahn- u. Nagelbürsten,  
Frisierkämme,  
Toiletterollen,  
sowie alle Arten  
Toiletteartikel  
empfiehlt  
zu praktischen  
Weihnachts-Geschenken  
**Luise Wolf Wwe.,**  
4 Karl-Friedrichstrasse 4.  
Niederlage sämtlicher Fabrikate von  
**F. Wolf & Sohn.**

Zigarren-Spezial-Geschäft  
**Lorenz Graf**  
KARLSRUHE  
Ecke Marien u. Angartenstr.  
(vis-à-vis der kath. Kirche).  
Als Weihnachts-Geschenk  
ist eine neue **W a s c h i n e** preis-  
wert zu verkaufen.  
Anzusehen Samstag, Sonntag und  
Montag nachm. Werderstr. 20, 4. Et.

Als passende  
**Weihnachts-Geschenke**  
empfiehlt  
Jardinieren, Präparierte Balmen,  
Moderne Vasen-Bouquets, Ball-Garnituren,  
Toppflanzen, Blumen-Zweige und  
Blumenkörbe, Guirlanden u. c.  
Extra-Anfertigung in kürzester Zeit.  
Ältere Bouquets werden aufgefrischt und umgebunden.

**C. M. Meyer,**  
Blumenfabrik,  
3 Kaiser Wilhelm-Passage 3.

**Eier! Eier!**  
**J. Klumpf Wwe. & Cie.,**  
Eiergrosshandlung,  
empfehlen zur bevorstehenden Weihnachtsbäckerei  
**Ia frische Eier**  
zu den billigsten Tagespreisen.  
Detailverkauf: **Waldstr. 53,** Eingang Ludwigsplatz  
Telephon 394.

**Ein fröhliches Fest**  
veredelt jeder durch sinnreiche Hausmusik.  
Violinen, Zithern,  
Mandolinen,  
Gitarren,  
Lauten,  
Sprechapparate  
sowie sämtliche andere Musikinstrumente  
kaufen Sie am besten im Spezialgeschäft  
**Cajetan Sattler, Musikwerke,**  
Karlsruhe i. B. Gegr. 1876. Pforzheim.  
Telephon 2637.

**Apollo-  
Theater.**  
Marienstr. 16. Dir. Jos. Engels.  
Vollständig neues Variété-  
Programm vom 15. bis 31. Dezbr.  
Grosse internationale  
**Ringkampf-  
Konkurrenz**  
um den Preis von  
**3000 Mk. in bar.**  
Donnerstag, den 16. Dezember:  
?? Schwarze Maske ??  
gegen  
Witzelsberger, Wien,  
Hans Schwarz, Weltmeister  
gegen  
Anglio, Martinique,  
Entscheidungskampf zwischen  
Riesbacher, Wien,  
Tschistjakoff, Russland.

**Fussballclub**  
Karlsruher Fussballverein I.  
Erhöhter Sitzplatz 1.50 Mk., Sitzplatz  
1.20 Mk., I. Platz 80 J., II. Platz 50 J.  
Kein Vorverkauf.

Älteste aus der Zuschneide-  
schule Herrenstrasse 33.  
Unterzeichnet hat 2 1/2 Monate  
bei Fräulein Weber den Zus-  
chneidkurs besucht und hat dar-  
über alles Erwarnten praktisch  
und leichtfertig gekunden im Ma-  
nehmen, Zuschneiden, Anprobieren  
und zur vollsten Zufriedenheit er-  
lernt. Aus Dankbarkeit fühle ich  
mich verpflichtet, diese Zuschneide-  
schule jedermann zu empfehlen.  
Germine Wed.  
Weitere Mittheilungen von einer Zebr-  
zeit von 1, 2 und 3 Monaten liegen  
zur Einsichtnahme auf. Am 3. und  
17. Januar beginnt ein neuer  
Kursus. Anmeldungen baldigst er-  
wünscht. Schulleiter werden ver-  
kauft.